

Beschluss des Landrats vom 16.03.2023

Nr. 2081

23. Wasserstoffproduktion und Zonen

2022/487; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab.

Rolf Blatter (FDP) führt aus, der Vorstoss sei entscheidend, nachdem der Kanton in Form des Bauinspektorats das tolle Projekt der Fritz Meyer AG abgelehnt habe. Diese wollte auf der Insel beim Kraftwerk Birsfelden eine Anlage bauen, in der überschüssige Energie (überschüssiges Wasser, das über das Wehr abläuft) für die Elektrolyse zur Herstellung von Wasserstoff genutzt werden sollte.

Viele Menschen wollen, dass der CO₂-Ausstoss reduziert und alternative Energieformen geprüft werden. Die Regierung bekundet ihre Unterstützung von Wasserstoff in den Antworten auf mehrere Vorstösse. Wenn dann ein konkreter Vorstoss eingereicht wird, kommt eine Stellungnahme, die einen etwas lapidaren Eindruck macht: Es gibt zonenrechtliche Bedenken, weshalb man dem Anliegen nicht entsprechen kann. Genau dort setzt der Vorstoss an: Die Regierung soll eine Vorlage ausarbeiten, mit der die zonenrechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass die Produktion von Wasserstoff im eigenen Kantonsgebiet und mit überschüssigem und gratis zur Verfügung stehendem Wasser möglich ist. Die Regierung lehnt dieses Ansinnen ab mit der Begründung, dass Anlagen zur Produktion von Wasserstoff nur in Industrie- und Gewerbezone zonenkonform seien. Bei der Kraftwerkinsel handelt es sich gemäss GeoView um eine Spezialzone Kraftwerk. Diese Spezialzone besagt allerdings nicht, dass das Kraftwerk ausschliesslich elektrische Energie produzieren darf. Grundsätzlich produziert ein Kraftwerk einfache Energie. Der Regierungsrat unterscheidet aber zwischen elektrischer Energie und Wasserstoff.

Die Motion verlangt keine exklusive Zone, sondern eine Lösung für den Standort Birsfelden zu finden, indem die Spezialzone Kraftwerk angepasst wird. Im Kanton gibt es nur zwei Kraftwerke. Wenn die Motion, mit der eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll, abgelehnt wird mit dem Argument, dass «die gesetzliche Grundlage fehlt», dann ist diese Argumentation nicht überzeugend. Das Thema ist zu wichtig, als dass es mit dieser Begründung abgetischt werden kann. Aus diesem Grund bittet die FDP-Fraktion, die Überweisung der Motion zu unterstützen.

Urs Kaufmann (SP) erklärt, die SP-Fraktion halte den Vorstoss für nicht gut. Weder eine Motion noch ein Postulat unterstützt sie. Der Regierungsrat hat klar gesagt, dass solche Anlagen in Industrie- und Gewerbezone realisiert werden können. In Birsfelden gibt es diese Zonen in unmittelbarer Nähe zum Kraftwerk. Weshalb kann die Anlage nicht dort gebaut werden, wenn diese unbedingt gebaut werden soll?

Eigentlich bedarf es aber zunächst einer Strategie, welche aufzeigt, welche Bedeutung Wasserstoff in unserer Region haben kann. Traktandum 46 (Motion «Die Region Basel fit für Wasserstoff machen» der FDP-Fraktion) wird die SP-Fraktion als Postulat deshalb auch unterstützen. Im Rahmen dieser Prüfung wird sicherlich auch über sinnvolle Standorte diskutiert. Erst wenn dieser Überblick vorliegt und bekannt ist, wie damit umgegangen werden soll, können allenfalls zonenrechtliche Anpassungen erfolgen. Nun an einem Element zu schrauben und zu schauen, ob für Birsfelden auf der schönen Kraftwerkinsel bereits jetzt etwas getan werden muss, entspricht überhaupt nicht der Haltung der SP-Fraktion. Der Regierungsrat soll nicht mit einer solchen Einzelfrage beschäftigt, sondern mit der Ausarbeitung einer Strategie beauftragt werden.

Andi Trüssel (SVP) ist immer wieder erstaunt darüber, wie viel Zeit und Hirnschmalz die Verwaltung darauf verwendet zu erklären, weshalb etwas nicht gehe. Der Hund liegt da begraben, dass noch immer keine Wasserstoffstrategie vorhanden ist. Der ganzen Fachwelt ist bekannt: Wenn mit volatilen Energiewandlungsanlagen gearbeitet wird (Sonne und Wind), braucht es Speicher. In einem Kilo Wasserstoff lässt sich 165-mal mehr speichern als in einem Kilo Akku. Das muss zur Kenntnis genommen werden.

Die SVP-Fraktion wird die Motion unterstützen und zwar unabhängig von möglichen Diskussionen über verschiedene Zonenreglemente oder ähnlichem. Die Regierung muss vorwärts machen. Es bleibt keine Zeit! Aus Traktandum 46 wieder ein Postulat zu machen, bringt nichts. Da wird nur wertvolle Zeit fürs Reden verschwendet. Eines Tages bemerkt man dann, dass wirklich keine Reserven angezapft werden können und das kann nicht sein. Es muss jetzt vorwärtsgemacht und die Motion überwiesen werden.

Markus Dudler (Die Mitte) sagt, die Mitte/glp-Fraktion unterstütze die Überweisung der Motion. Sie möchte es grundsätzlich ermöglichen, dass in Birsfelden Wasserstoff mit dem überschüssigen elektrischen Strom produziert werden kann. Ob es wirtschaftlich sinnvoll ist oder städtebauliche Massnahmen getroffen werden müssen, damit die Anlage ansehnlich ist, muss natürlich abgeklärt werden. Störend ist, dass auf den stromproduzierenden Gebäuden keine Photovoltaikanlagen möglich sein sollen. Wasserstoff muss aber ermöglicht werden.

Peter Hartmann (Grüne) verweist auf die Stellungnahme des Regierungsrats zur Motion, in der sie die Aufgaben des kantonalen Richtplans und der Nutzungspläne erläutere. Im Richtplan erfolgt die Abstimmung der raumwirksamen Tätigkeiten und im Nutzungsplan wird die Nutzung des Bodens festgelegt. Für die Grüne/EVP-Fraktion ist es absolut sinnvoll, dass die Produktion von Wasserstoff in Industrie- und Gewerbebezonen stattfinden soll und nicht, wie es in Birsfelden der Fall wäre, in einer Zone, die ausdrücklich auch der Erholungsnutzung dient. Rolf Blatter hat es vorhin richtig gesagt: Es handelt sich um eine Spezialzone Kraftwerk. Im GeoView ist nachzulesen, dass es sich hierbei um eine kantonale Bezeichnung handelt. Unter «Typ Bezeichnung» ist zu lesen, dass es sich um eine Spezialzone Kraftwerk und Erholungsnutzungen handelt. Notabene ist Birsfelden die Gemeinde mit der höchsten Bewohnerdichte im Kanton.

Wenn sich der Standort für die Wasserstoffproduktion nicht direkt neben dem Kraftwerk befindet, fallen hohe Netznutzungsgebühren an, die ein Pilotprojekt unattraktiv machen. Dieses Problem sollte aus Sicht der Grüne/EVP-Fraktion nicht mit einer Richtplanänderung gelöst werden. Dies würde einer Bekämpfung von Symptomen anstatt der Ursachen gleichkommen. Die Grüne/EVP-Fraktion lehnt die Motion aus diesem Grund ab und folgt der Empfehlung des Regierungsrats. Dies wäre auch bei einem Postulat der Fall.

Eine persönliche Bemerkung: Es handelt sich übrigens nicht nur um die Fritz Meyer AG, die das Projekt lanciert hat, sondern auch um die IWB. Den ablehnenden Gerichtsentscheid zum Standort auf der Kraftwerkinsel hat sie damals wie folgt kommentiert: «Projekte für den Bau von Anlagen für die erneuerbare Energieproduktion haben in der Schweiz generell einen schweren Stand. Wir bedauern, dass der Energiewende so viele Hürden gestellt werden.» Das ist ein bisschen gar einfach. Sowohl die IWB wie auch die Fritz Meyer AG sind in Basel zuhause. Wenn die Produktion aus ihrer Sicht unbedingt neben dem Kraftwerk Birsfelden stattfinden muss, stellt sich die Frage, weshalb dies nicht auf städtischer Seite angegangen werden konnte (Rheinbord oder Rankhof). Das war wahrscheinlich nicht opportun, hätte man so doch die Bevölkerung des Stadtkantons vergrault.

Andi Trüssel (SVP) muss noch etwas sagen: Es ist erstaunlich, dass mit einer Wärmepumpenanlage auf der Kraftwerkinsel ein grosser Teil von Birsfelden mit der Abwärme des Kraftwerks beliefert werden kann. Gut zuhören: Es ist ein Kontingent von 35 MW vorhanden, das tertiär zur Verfü-

gung gestellt wird. Wenn die Swissgrid das Netz konstant halten muss, müssen diese 35 MW abgeschaltet werden. Dafür erhält das Kraftwerk Birsfelden im Jahr CHF 2,2 Mio. Das zahlen alle Anwesenden über die Kosten pro kWh. Um das zu lösen, soll ein kleines Kraftwerk gebaut werden, das die überschüssige Energie nutzt, um Wasserstoff zu produzieren. Dieser kann dann genutzt werden, wenn er gebraucht wird, wofür auch immer. Vom Verhältnis zwischen Wärme und Wasserstoff blieb aus dem Chemieunterricht aber wohl nur noch der Knallgaseffekt hängen: Der Lehrer zieht eine riesige Show ab und es knallt. Damit hat es nichts zu tun. Die Motion soll bitte überwiesen werden. In Basel-Landschaft muss vorwärts gemacht werden.

Marco Agostini (Grüne) stellt klar, dass Andi Trüssel nicht mit unwissenden Lausbuben spreche. Diese Themen werden in der Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) immer wieder diskutiert. Andi Trüssel kann sich dort gerne einbringen. Wenn er behauptet, dass die Grünen gegen Wasserstoff sind, weil sie diese Motion ablehnen, dann ist er falsch gewickelt und hat nicht richtig zugehört. Wasserstoff und die Energiespeicherung werden unterstützt. Wie immer der Appell an Andi Trüssel, Vorstösse zur Energiespeicherung zu verfassen und sie einzureichen: Die Grüne/EVP-Fraktion wird diese unterstützen. Hier geht es aber nicht um Wasserstoff, sondern darum, ob neben Siedlungsgebiet so etwas gebaut werden soll. Strom kann über Leitungen auch in Industriegebiete geführt und dort Wasserstoff produziert werden.

Martin Dätwyler (FDP) hat nun erfreulicherweise einige Male vernommen, dass Wasserstoff Potential habe. Auch dass seine Motion für eine Wasserstoffstrategie im Parlament Anklang findet, freut ihn ebenso.

Es geht nun um die räumliche Zuteilung. Wo kann allenfalls Wasserstoffnutzung – Produktion, Lagerung und Transport – stattfinden. Diese Fragestellung ist relevant. Wenn das Potential von Wasserstoff genutzt und ihm nicht dasselbe Schicksal wie andere erneuerbare Energien und ihre dazugehörenden Infrastrukturen (beispielsweise Wind) ereilen soll, dann braucht es eine räumliche Zuteilung in geeigneter Form, zum Beispiel im Richtplan. Das sollte zügig angegangen werden, um bereit zu sein, wenn die Projekte reif sind. Im Richtplan vorhanden ist auch die Nutzung von Rohren. Diese spielen beim Transport von Wasserstoff allenfalls auch eine wichtige Rolle. Auch Windparks sind im Richtplan enthalten. Das sind alles Aspekte, die entscheidend sind, damit mit der Energiepolitik vorwärts gemacht werden kann. Es ist demnach nur logisch, dass auch zum Thema Wasserstoff jetzt noch rechtzeitig und frühzeitig die räumliche Zuteilung gesichert wird. Die Motion soll überwiesen werden, zumal ja nicht bestimmt wird, wo dies stattfindet und es auch nicht nur um die Kraftwerkinsel geht, zu der ja bereits gewisse Entscheide getroffen wurden. Es geht um die mittelfristige Zukunft und darum, Klarheit darüber zu haben, wo solche Anlagen für die Produktion, Lagerung und den Transport von Wasserstoff gebaut werden können.

Yves Krebs (glp) meint, mit «zonenrechtlichen Bedenken» komme man keinen Schritt weiter bei der Energiewende. Alleine der Begriff Naherholungszone in Zusammenhang mit der Kraftwerkinsel... Da gehen die Hündeler hin und versäubern sich. Das ist die Auslaufzone des benachbarten Tierheims. Wenn Yves Krebs meditieren geht oder Ruhe braucht, geht er sicher nicht auf die Kraftwerkinsel in Birsfelden. Dieser Ort ist ideal für den in der Motion genannten Zweck. Wenn immer zonenrechtliche oder sonstige Bedenken angeführt werden, sind wir in 20 Jahren noch nicht weiter. Man könnte sich für einmal die Bundespolitik zum Vorbild nehmen: Im Bundeshaus hat man sich einen Ruck gegeben und man ist in der Energiewende einen Schritt weitergekommen.

Markus Graf (SVP) hält es für typisch: Wohl die wenigsten haben heute Mittag den Lastwagen im Stedtli gesehen. Es handelte sich um einen Wasserstofflastwagen der Firma Galliker und es war eine Frau am Steuer. Wohl eine Quotenfrau. *[Heiterkeit]* Spass beiseite: Während im Landrat geredet wird, handeln Private bereits. Die Firma Galliker betreibt Wasserstofflastwagen. Der Wasser-

stoff wird im Wasserkraftwerk Gösgen produziert, und zusammen mit Nestlé werden die Vertriebszentren beliefert. Der Landrat diskutiert derweil bünzlihaft, ob man nun sollte oder doch nicht. Andere handeln – wir reden und produzieren heisse Luft.

Rolf Blatter (FDP) ist erstaunt, dass Urs Kaufmann den Standort in Frage stellt. Die Produktion von Wasserstoff ist relativ energieintensiv. Das Interesse ist also gross, die Energie dort zu fassen, wo sie anfällt, nämlich beim Kraftwerk selbst. Würde man nämlich die Wasserstoffproduktionsanlage im Hafen Birsfelden bauen, wären hohe Durchleitungsgebühren zwischen dem Kraftwerk und dem Hafen die Folge, welche die Produktion wirtschaftlich weniger interessant machen. Yves Krebs war offenbar auch schon auf der Kraftwerkinsel, so auch Rolf Blatter. Die Produktionsanlage für Wasserstoff ist nicht riesig. Vermutlich würde man dieses Gebäude von Land aus gar nicht sehen, wenn man in Richtung Rhein schaut.

Peter Hartmann sagte, die Spezialzone Kraftwerke würde Kraftwerk und Erholungszone bedeuten. Es ist Rolf Blatter nicht bekannt, dass es Leute gibt, die nach Leibstadt gehen und um den Kühlturm rennen. Das ist eine widersprüchliche Kombination.

Wieso wird das Ansinnen nicht in Basel-Stadt umgesetzt? Ganz einfach, in Basel-Stadt befindet sich bis zum heutigen Tag kein Flusskraftwerk, wo solche Mengen an Überschussenergie anfällt. Es ist ein No-Brainer, dass man zum Kraftwerk muss, und dieses befindet sich nun einmal auf Baselbieter Boden.

Markus Graf hat das Argument vorweggenommen. Hyundai bietet mittlerweile eine ansehnliche Flotte an Lastwagen an, die mit Wasserstoff betrieben in der Schweiz zirkulieren. Als Reaktion auf die vorliegende Motion meldete sich ein Stimmbürger, der einen Toyota besitzt, der mit Wasserstoff betrieben wird. Rolf Blatter konnte diese Person beim Tankvorgang an der einzigen Tankstelle begleiten. Diese Tankstelle ist beim Coop in Frenkendorf. Mit einem Hochdruckschlauch schliesst man den Tank ans Auto an. Es ist absolut nichts Aussergewöhnliches. Es besteht der Verdacht, dass eine Analogie zu Deponien besteht: 2015 wurde ein idealer Standort für eine Deponie im Laufental gefunden, wogegen allerdings plötzlich Widerstand aufkam aufgrund des Transports, also wegen der Lastwagen. Wenn Wasserstoff produziert wird, handelt es sich letztendlich um hochkomprimiertes Gas in einem Behälter, das mit Lastwagen dorthin gebracht werden muss, wo die Verbrauchsstationen stehen. Es wäre aber nicht sauber, andere Argumente vorzuschieben, um das eigentliche zu kaschieren. Das ist nicht fair. Es wäre schön, würde die Motion unterstützt, so dass die Wasserstoffproduktion zonenrechtlich ermöglicht werden kann – dort, wo es technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Urs Kaufmann (SP) hat widersprüchliche Angaben seitens FDP gehört. Martin Dättwyler hat darauf hingewiesen, dass es bei diesem Vorstoss nicht nur um den Standort Birsfelden gehe. Es ist aber bereits zu lesen, dass Wasserstoffproduktionen in Industrie- und Gewerbebezonen möglich sind. Es gibt auch genügend solche Zonen, die bei einem Unterwerk sind und wo der Strom vorhanden wäre, hätte es wirklich zu viel Strom im Netz, um daraus Wasserstoff produzieren zu können. Nach wie vor ist Urs Kaufmann der klaren Überzeugung, dass es zuerst einer Strategie bedarf. Im Rahmen einer Postulatsbeantwortung soll ausgearbeitet werden, was im Baselbiet wirklich sinnvoll ist und wo allenfalls eigene Wasserstoffproduktionsanlagen angebracht sind. Dies ist auch mit den Überlegungen des Bundes abzustimmen. Jetzt die Leute aufzuscheuchen und zonenrechtliche Handstände zu vollführen, nur um diese Idee auf der schönen Kraftwerkinsel Birsfelden durchzusetzen, ist absolut unverständlich. Yves Krebs und Rolf Blatter waren wohl noch nie dort, wenn sie die Insel als «Hündelerparadies» verurteilen. Es ist absolut unverständlich, weshalb eine solche Anlage unbedingt dort sein muss. Dafür gibt es Energie- und Gewerbebezonen.

Peter Hartmann (Grüne) reagiert zuerst auf Rolf Blatter und dann auf Yves Krebs. Die Grundnutzung kommunal ist im GeoView eindeutig ausgewiesen mit Spezialzone Kraftwerk und Erholungs-

einrichtungen. Das ist nicht eine Erfindung von Peter Hartmann. Als Vertreter des Wahlkreises Birsfelden/Muttenz ein Wort an Yves Krebs: Die Einschätzung, dass es sich bei der Kraftwerkinsel um keinen Ort handelt, wo man sich erholen kann, ist arrogant. An Wochenenden und in den Ferien ist die Insel sehr bevölkert. Nicht jeder braucht eine einsame Insel, um sich erholen zu können. Birsfelden hat das Birsköppli und die Kraftwerkinsel – ansonsten nicht viel, weil der Hafen entlang des Rheins sehr viel Fläche belegt. Für die Birsfelderinnen und Birsfelder handelt es sich bei der Kraftwerkinsel also um einen wertvollen Erholungsraum.

Désirée Jaun (SP) meint ironisch, es sei ja schön, wenn Personen, die einmal auf der Insel waren oder daran vorbeifahren, das Gefühl haben, die Situation beurteilen zu können und sie als «Hundewiese» abstempeln. Das ist frech. Es handelt sich um ein wichtiges Erholungsgebiet, was auch im Richtplan festgehalten ist. Die Bevölkerung von Birsfelden und aus der Region, also auch aus Basel, nutzt die Insel und erholt sich dort. Es wird nun über ein Projekt gesprochen, das es gar nicht mehr gibt und dem auch von der kantonalen Baurekurskommission die Zonenkonformität abgesprochen wurde. Zudem würde auch die Zufahrt zu diesem Ort durch ein dichtbesiedeltes Wohngebiet in Birsfelden führen. Es geht also auch um die Sicherheit der Bevölkerung. Auch ist zu betonen, dass die Gemeinde Birsfelden nicht per se gegen die Produktion von Wasserstoff ist und dies irgendwo sonst hin verschieben möchte. Der Ort ist schlichtweg nicht geeignet, was die Baurekurskommission bestätigt hat. In der Nähe des Kraftwerks gibt es ein Gebiet, das sich sehr gut eignen würde: der Hafen. Wie Rolf Blatter vorhin gesagt hat, geht es aber um die Durchleitungsgebühren, also um Wirtschaftlichkeit und um Geld, nicht um die Sicherheit oder die Erholungsmöglichkeit der Bevölkerung. Die Motion zielt also sehr wohl auf das Projekt und nicht auf eine allgemeine Prüfung oder Anpassung gesetzlicher Grundlagen ab. Das hört sich nicht nach einer allgemeinen Strategie an. Die Rednerin lehnt sowohl Motion wie auch Postulat ab, unterstützt aber eine allgemeine Wasserstoffstrategie.

Ursula Wyss Thanei (SP) erinnert sich an intensive Diskussionen in der UEK anlässlich eines weiteren Vorstosses von Rolf Blatter zu diesem Thema. Einige Dinge müssen richtiggestellt werden. Wenn Wasserstoff mittels Elektrolyse produziert werden soll, muss ein Gebäude erstellt werden. Der überschüssige Strom fällt im Kraftwerk Birsfelden vor allem im Sommer an. Wie ist es im Winter? Wird das Wasserstoffkraftwerk dann abgestellt? Wie nehmen dies die Investorinnen und Investoren auf? Die Verwaltung sagte deutlich, dass man es sich vorläufig nicht leisten könne, eine Elektrolyse während des ganzen Jahres zu betreiben. Insofern ist an dem Standort eine Elektrolysefabrik – noch – nicht angezeigt.

Im Oktober fand eine Tagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz statt, an der die Präsidentin des Verwaltungsrats der Schweizerischen Rheinhäfen teilgenommen hat. Sie hat klar gesagt, dass im Hafen die Umsetzung des Green Deals Ziel sei, was auch den Aufbau einer Elektrolysestation beinhaltet, die auch mit Photovoltaik belegt werden soll, um die nötige Grundlast zu erreichen.

An Yves Krebs: Es ist zu hoffen, dass sich nicht die Hündeler auf der Insel versäubern. [*Heiterkeit*]

Fredy Dinkel (Grüne) stellt fest, dass es sich um eine komplexe Angelegenheit handle. Wasserstoff ist eine der Speichertechnologien, die eine hohe Energiedichte aufweisen, und die auch langfristig als Speicher dient. Für einen Grünen ist es schwierig, Nein zu sagen, sobald es um ein konkretes Projekt geht. Auf der anderen Seite geht es um Aspekte wie Sicherheit, Durchleitungsgebühren und ein Erholungsgebiet. Es handelt sich um eine Güterabwägung. Insofern empfiehlt Fredy Dinkel die Umwandlung in ein Postulat, womit geprüft werden kann, ob vielleicht bei den Durchleitungsgebühren etwas getan oder die Anlage in einem Industriegebiet gebaut werden kann. Dieses Vorgehen würde der Redner unterstützen.

Jacqueline Bader (FDP) meint, für eine Strategie, deren Ausarbeitung Jahre in Anspruch nehmen werde, sei man zu spät dran. Die Realität überrennt uns. 2025 werden tausend Lastwagen in die Schweiz kommen, die mit Wasserstoff betrieben werden. Die Firma Galliker hat solche bereits. In Asien fahren praktisch alle schweren Lastwagen mit Wasserstoff als Treibstoff. Wenn man nicht an der Realität vorbeileben möchte, muss jetzt gehandelt werden. 2025 ist in 1¾ Jahren. Es kann nun nicht mehr lange an Strategien gearbeitet werden. Die Franzosen arbeiten an einem Joint Venture mit den Asiaten und möchten ebenfalls Wasserstofflastwagen produzieren. Die Technologie befindet sich also nicht mehr in den Kinderschuhen. Das Projekt wird weltweit lanciert. Wenn man dies verschläft, holt man schlussendlich den Wasserstoff von den Franzosen, wie man es mit dem Atomstrom auch tut. Die Diskussion ist scheinheilig. Wasserstoff ist der sauberste Ausstoss.

Yves Krebs (glp) möchte noch einmal Stellung zum Thema Naherholungsgebiet beziehen. Er war im grössten Windpark der Schweiz, auf dem Mont Crosin. Nach den Warnungen von Andi Trüssel hat Yves Krebs den Pamir zum Schutz vor dem Lärm eingepackt. Dieser wurde aber nicht gebraucht. Yves Krebs konnte sich auf dem Mont Crosin bestens erholen. Auch die Ruhe- und Erholungsuchenden auf der Kraftwerkinsel in Birsfelden können sich trotz Wasserstoffproduktion erholen. Der Redner wird der erste sein, der dies tut, sobald die Anlage in Betrieb ist. Auch die Hunde haben sicherlich Freude an Wasserspielen und der Produktion.

Als Antwort auf die Frage, wie oft Yves Krebs dort war: Er hat einmal eine Person begleitet, die einen Hund im Tierheim ausgeliehen hat und er lernte dadurch die Hundebahn kennen. So viel zum Thema Naherholungszone.

Hanspeter Weibel (SVP) möchte die Hundediskussion nicht weiterführen. Ursula Wyss Thanei hat Richtigstellungen angekündigt, allerdings blieb nur jene mit Bezug auf die Hunde bei Hanspeter Weibel hängen. Ansonsten blieb einzig die Frage, was man im Winter macht. Wasserstoff ergibt nur Sinn, wenn er mit sogenannter Überschussenergie produziert werden kann. Diese fällt nur im Sommer an. Wasserstoff ermöglicht die Speicherung.

Im Landrat wird um Lösungen gerungen. Dabei macht er es sich nicht so einfach wie andere, die sich einfach auf der Strasse festkleben und das Gefühl haben, das entspreche dem demokratischen Prozess. Mit diesem Vorstoss wird gesagt, wie man dies gerne umsetzen möchte. Dass man dazu unterschiedlicher Ansicht sein kann – ok. Linksgrün fordert aber ständig Massnahmen zur Energiewende und wenn dann von bürgerlicher Seite ein konkreter Vorschlag zur Energiewende kommt, entscheidet man sich wieder um. Entspricht es der linksgrünen Strategie, eine Energiewende mit allen Mitteln zu verhindern, um dann sagen zu können, die andere Seite wolle nicht? Das ist nicht nachvollziehbar. Alle Landratsmitglieder werden aufgefordert, die Motion zu unterstützen. Es geht um die Frage, wie etwas konkret, effektiv und mit den bestehenden Möglichkeiten umgesetzt werden kann. Das ewige Verzögern und Diskutieren über Postulat oder Motion findet nun erneut statt. Die Strategie, sich an der Strasse festzukleben und alle anderen zu nötigen, ist nicht zielführend. Wenn ein konkreter Vorschlag der bürgerlichen Seite zur Energiewende vorliegt, erwartet sie letztendlich auch die entsprechende Unterstützung von linksgrüner Seite.

Marco Agostini (Grüne) erinnert, dass die linksgrüne Seite seit 40 oder 50 Jahren über die Energiewende spreche, ohne dass sie die Unterstützung der Bürgerlichen gehabt hätte. Jetzt wird Unterstützung für eine Motion eingefordert, die verlangt, dass Wasserstoff dort produziert wird, wo Leute wohnen. Wasserstoffproduktion an sich ist eine gute Sache. Deshalb wird auch die Forderung nach einer Wasserstoffstrategie (Traktandum 46) unterstützt. In der UEK wird auch immer wieder darüber debattiert, wo und wie man wie viel Wasserstoff produzieren könnte. Wasserstoff wird mit Strom produziert. Dieser wird zwar vor Ort produziert, kann aber auch geleitet werden. Wasserstoff muss also nicht direkt neben der Stromproduktion produziert werden. An Rolf Blatter: Richtig, das kostet Geld, wie alles andere aber auch. Wenn man nur auf das Geld schaut, wird

man keine Lösung finden. Eine Überweisung als Postulat ist sinnvoll. Eine Motion bringt nichts. Der linksgrünen Seite vorzuwerfen, sie würde Wasserstoff verhindern, ist reine Polemik. Die angekündigten LKW haben nichts damit zu tun, wo Wasserstoff produziert wird. Diese brauchen einfach Wasserstoff und dafür braucht es Leitungen, Transportmittel, etc. Von dieser Insel zu transportieren, ist aber nicht die richtige Lösung. Es muss produziert werden, wo in der Nähe getankt werden kann.

Marc Schinzel (FDP) zitiert: «Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd' and're an!» Linksgrün betreibt eine reine Sankt-Florians-Politik. Es kommt ein sinnvoller Vorstoss, der modern ist und auf die Speicherung von Energie abzielt und dort ansetzt, wo Engpässe bestehen. Das Kraftwerk steht in Birsfelden und die linksgrüne Seite moniert – und die Gäste aus Basel werden gebeten, gut zuzuhören –, dass die Wasserstoffproduktionsanlage nicht in Basel gebaut wird. Die Stadt Basel macht für den Kanton Basel-Landschaft sehr viel im Bereich der Kultur (Theater etc.) Auch bei der Bildung macht sie viel. Wir haben eine Spitzenuniversität, die gemeinsam betrieben wird. Auch macht die Stadt viel im Sportbereich. Vielleicht erhält die Region von der Stadt sogar ein 50-Meter-Schwimmbecken. Jetzt soll Basel aber auch noch die Wasserstoffproduktion in seinen 37 km² vornehmen. Sankt Florian ist auf der anderen Seite voll im Einsatz. Der Heiligenschein scheint durchs offene Fenster hinein. *[Heiterkeit]* Die bürgerliche Seite machte einen Schritt, sie denkt nach und kommt weiter – dasselbe wird auch von der Gegenseite gewünscht. Vor 40 oder 50 Jahren mag es so gewesen sein, wie Marco Agostini gesagt hat, allerdings waren da weder er noch Marc Schinzel bereits im Landrat. Jetzt soll gehandelt und nicht dem Sankt Florian gehuldigt werden. Die Motion soll überwiesen werden.

Ursula Wyss Thanei (SP) muss noch ein zweites Mal sprechen. Die SP-Fraktion ist nicht gegen die Produktion von Wasserstoff. Es sei aber auf die Empfehlung des Regierungsrats hingewiesen: Dieser sagt, dass Produktionsanlagen grundsätzlich in Industrie- und Gewerbebezonen möglich und bewilligbar sind. Deshalb braucht es auch keine spezielle Ausscheidung von Zonen, würde dies doch eher einschränken, wo der Bau möglich ist. Deshalb lehnt die SP-Fraktion diese Motion ab.

Pascale Meschberger (SP) muss auch polemisch werden. Sie wuchs genau an diesem Ort auf. Dort herrscht überall Tempo 30. Man könnte sich überlegen, den geplanten Rheintunnel bei der Insel auszuleiten, damit die Lastwagen direkt hinfahren könnten. Das wäre wahrscheinlich einfacher, als alle Tempo-30-Strassen umzuändern, die übrigens am Nachmittag gesperrt sind, weil man den Durchgangsverkehr in Birsfelden nicht möchte. Der Kanton kann all dies der Gemeinde natürlich auch gerne finanzieren.

Thomas Noack (SP) betont, dass es in der Sache darum gehe, dass gute Standort für die Wasserstoffproduktion gefunden werden. Die Standorte müssen einerseits für die Produktion, andererseits für den Transport des Wasserstoffes geeignet sein. Im Hafen Birsfelden gibt es einen solchen Standort, allerdings ist die Netznutzungsgebühr für diesen Standort ein Nachteil. Allenfalls müsste man überlegen – anstatt etwas übers Knie zu brechen und neben jedem Kraftwerk eine Wasserstoffproduktion festzulegen –, wie die Netznutzungsgebühr angegangen werden kann. Beim Standort Birsfelden stellt sich zudem die Problematik, dass wohl ein relativ langes Einspracheverfahren von Anwohnenden die Folge wäre. Diese würden sich zurecht dagegen wehren, dass die Lastwagen durch ihr Quartier fahren. Es braucht eine gesamtheitliche Interessensabwägung bei der Suche nach guten Standorten. Das soll getan werden. Hierfür ist die Motion, so wie sie formuliert ist, aber nicht wirklich zielführend.

Markus Dudler (Die Mitte) geht nicht in den Kopf, weshalb die ganze Zeit über Stromleitungen gesprochen werde. Weshalb kann man die Produktion nicht auf der Kraftwerkinsel durchführen

und dann mittels Wasserstoffleitung in den Hafen transportieren? Das müssen allerdings die Planer entscheiden. Was die Stromleitungen betrifft, ist sicherlich Marco Agostini Experte, immerhin vertritt er ja auch die entsprechenden Kabel.

Jan Kirchmayr (SP) findet schwierig, wenn plump umherposaunt wird, dass Linksgrün gegen Wasserstoff sei. Wer in der Geschäftsdatenbank schaut, wird feststellen, dass der erste Vorstoss zum Thema Wasserstoff von linksgrüner Seite, und zwar bereits im Jahr 2019, eingereicht wurde: «Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und Wasserstoff (H₂)-Brennstoffzellen-Antrieb». Dieser Vorstoss wurde vom Landrat stillschweigend am 30. Januar 2020 überwiesen. Er beinhaltet die Forderung nach einer Strategie und wurde auch im Kanton Basel-Stadt eingereicht und ebenfalls überwiesen. Die Unterstellung, Linksgrün sei gegen Wasserstoff, ist demnach aus der Luft gegriffen. Es gibt Bedenken in Bezug darauf, dass nicht einfach unkoordiniert vorgegangen, sondern eine Strategie ausgearbeitet werden soll. Diese wurde auch bereits mit dem am 30. Januar 2020 überwiesenen Vorstoss gefordert und die Antwort liegt noch nicht vor. Die Unzufriedenheit mit der Regierung ist durchaus nachvollziehbar, liegt drei Jahre nach Überweisung doch noch immer keine Strategie und keine Berichterstattung vor. Das bedeutet aber nicht, dass es plumpe Unterstellungen oder Schnellschüsse braucht. Die Gesamtstrategie braucht es und hier ist die Regierung gefordert. Die Motion ist abzulehnen.

Peter Riebli (SVP) hat heute Mittag gehört, dass Motionen überwiesen werden können, weil sowieso etwas ganz anderes zurückkomme, wenn sie wieder in den Landrat kommen. Jetzt wird über einzelne Worte gestritten. In dieser Motion geht es nicht darum, einen konkreten Standort im unteren Baselbiet zu suchen. Es geht darum, dass die Regierung überlegt, welche Standorte geeignet sind. Es spricht auch überhaupt nichts dagegen, dass der Regierungsrat dies in seine Gesamtstrategie einarbeitet. Um all die Bedenken (30er Zone, Lastwagenverkehr, etc.) geht es gar nicht. Es geht darum, dass mit überschüssiger Energie (vorwiegend im Sommer) Wasserstoff produziert wird, damit die allen bekannte Stromlücke im Winter ausgeglichen werden kann. Dass ein Teil des Wasserstoffs für Lastwagen gebraucht wird, ist in Ordnung. In erster Linie geht es aber um die Energiespeicherung. Wenn es uns nicht gelingt, die Überkapazität im Sommer zu speichern und in den Winter zu schieben, dann kann man vergessen, jemals zu 100 % von erneuerbarer Energie leben zu können. Wenn dann aufgrund irgendwelcher Wortklaubereien eine solche Motion nicht unterstützt wird, dann zweifelt Peter Riebli am Willen der linksgrünen Seite, die Problematik konkret anzugehen. Schöne Worte nutzen nichts, jetzt müssen Taten folgen. Die erste ist, dass der Regierungsrat hier einen konkreten Auftrag erhält, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Die Motion soll überwiesen werden.

Simon Oberbeck (Die Mitte) legt offen, dass er Gemeinderat in Birsfelden ist. Dieser hat damals Einsprache gegen dieses Projekt erhoben. Weiter ist er bei den Schweizerischen Rheinhäfen angestellt und diese haben vor, eine Wasserstoffproduktion im Rheinhafen zu bauen. Wieso unterstützt die Mitte/glp-Fraktion dennoch diese Motion? Was steht drin? Worum wird gebeten? Es wird gebeten, zonenrechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es möglich ist, Wasserstoffproduktion in unmittelbarer Nähe von Kraftwerken zu ermöglichen. Neben dem in Birsfelden gibt es auch ein entsprechendes Projekt in Augst. Dagegen wehrt man sich selbstverständlich nicht. Es müssen Lösungen gefunden werden für die Wasserstoffproduktion. Wo es schlussendlich stattfindet, ist nicht einmal entscheidend. Natürlich ist auch klar, dass man bei einem Wasserkraftwerk die Wärme nutzen kann und dies der Grund für das Projekt war. Für den Gemeinderat Birsfelden war für die Einsprache ausschlaggebend, dass der Transport über eine Schleusenbrücke und dann durch das Quartier geführt hätte. Das bedeutet aber nicht, dass man sich komplett gegenüber möglichen zukünftigen Projekten verweigert. Aus diesen Gründen unterstützt die Mitte/glp-Fraktion diese Motion. Wäre das Anliegen gestorben, wäre niemandem gedient.

://: Mit 52:33 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion überwiesen.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) schliesst die Sitzung um 16.30 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.
